

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen den Beschluss zu ergänzen, als Signal an die Bürger, dass die Steuererhöhungen nur zur Vermeidung des Haushaltssicherheitskonzeptes dienen sollen.

Dieser Zusatz wird von der CDU- und FDP-Fraktion begrüßt. Die Haushaltssicherung ist Ziel der Bemühungen, damit die Stadt selbst Herr über ihre Finanzen bleibt.

Die SPD-Fraktion bekräftigt Ihre Ablehnung zu möglichen Steuererhöhungen, wenn keine klaren Zahlen des Haushaltes vorgelegt werden.

Die BfM-Fraktion weist auf die zusätzlichen Belastungen der Bürger hin. Die Konsolidierung des Haushaltes muss zunächst über Einsparungen erfolgen. Steuererhöhung dürfen nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden. Daher wird die BfM-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen.